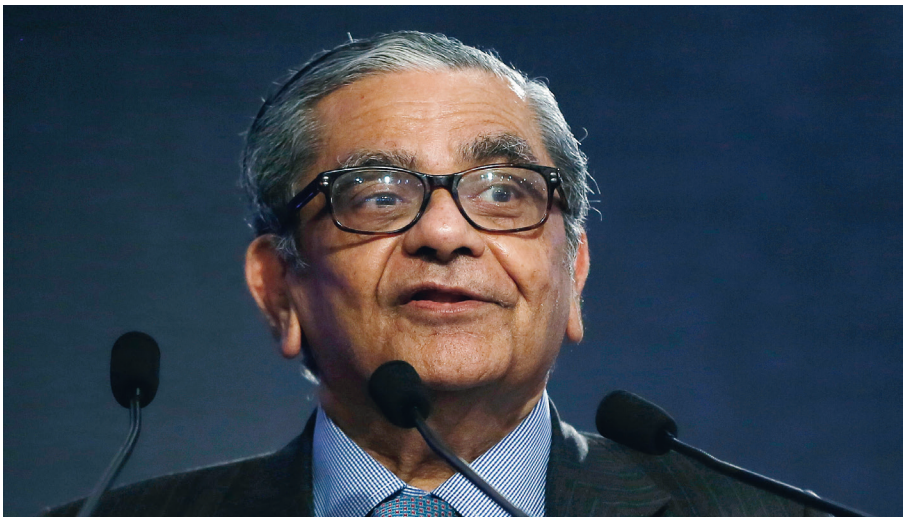




Jagdish Bhagwati

Bhagwati versus Sen

Wachstum um jeden Preis? Der Streit der indischen Starökonomien

Britta Petersen | Seit 2013 beharken sich die großen indischen Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen und Jagdish Bhagwati: Welches Modell ist für Indien das richtige? Wo soll der Staat mitmischen und wo nicht? Dass die Positionen gar nicht so konträr sind, ist nur ein Aspekt der bemerkenswerten Debatte über Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung.

Ein Land definiert sich auch durch seine intellektuellen Debatten – erst recht, wenn es wie Indien für seine lange argumentative Tradition bekannt ist. Und damit sind wir schon mitten drin. Denn der Erfinder des geflügelten Wortes vom „argumentative Indian“, Amartya Sen, ist selbst Partei in einer hochkarätigen Debatte, in der es um den Kern dessen geht, was Indien heute bewegt. Und es kann nicht überraschen, dass Armut und die Frage, wie man sie am besten beseitigt, eine wichtige Rolle spielen.

Die beiden Meinungsführer in diesem Streit sind zweifellos die wichtigsten Ökonomen, die Indien hervorgebracht hat, und hochgradig qualifiziert. Amartya Sen, geboren 1933 in Shantiniketan, ist Nobelpreisträger für Ökonomie und Professor für Wirtschaft und Philosophie an der Harvard-Universität. Sein Gegenspieler Jagdish Bhagwati, geboren 1934 in Bombay, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der New Yorker Columbia-Universität und war bereits mehrfach für den Nobelpreis nominiert. Dass beide ihre Karriere in den USA gemacht haben, ist symptomatisch und in gewisser Weise Teil der Geschichte. Aber dazu später.

Natürlich geht es bei der Auseinandersetzung nicht nur um Wirtschaft, sondern auch um Politik. Die indische Wirtschaftszeitung *Mint* hat nicht un-

© REUTERS/Anindio Mukherjee



Amartya Sen

recht, wenn sie einen Zusammenhang mit historischen Debatten aufzeigt: „Die Schlacht um wirtschaftswissenschaftliche Ideen, wie etwa die zwischen den beiden großen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, John Maynard Keynes und Joseph Schumpeter, hat einen langanhaltenden Einfluss auf die Politik.“

Daher hat die Diskussion, die bereits 2013 begann, nach Modis Wahlsieg 2014 noch einmal an Fahrt gewonnen. „Links“ und „rechts“ sind dabei nur erste Anhaltspunkte zur Einordnung, obwohl einige indische Journalisten der Meinung sind, es ginge eigentlich um die Auseinandersetzung Modi versus Rahul Gandhi, den Kontrahenten aus der Kongress-Partei. Das spielte zweifellos im Wahlkampf 2014 eine Rolle. Doch geht es im Kern um unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze, die weit über die Tagespolitik hinausreichen.

Jagdish Bhagwati gilt als überzeugter Anhänger von Modis „Gujarat-Modell“ für wirtschaftliches Wachstum und daher als Ökonom der BJP-geführten Regierung. Modis Credo „The government has no business being in business“ („Die Regierung hat in der Wirtschaft nichts verloren“) klingt allerdings neoliberaler, als das Regierungsprogramm tatsächlich ist. Amartya Sen hingegen hat aus seiner Ablehnung Modis nie einen Hehl gemacht und steht dessen Vorgänger Manmohan Singh und der Kongress-Partei näher. Anders als Rahul Gandhi, der bisher nicht durch eigene wirtschaftspolitische Konzepte aufgefallen ist, wird der promovierte Ökonom und ehemalige IWF-Mitarbeiter Singh als Vater des ersten indischen Wirtschaftswunders in den neunziger Jahren gefeiert.

Bhagwati und Sen haben prominente Mitstreiter. Mit Arvind Panagariya, dem Leiter des kürzlich als Nachfolger der Planungskommission ins Leben gerufenen Regierungs-Thinktanks „NITI Aayog“, hat Bhagwati das Buch „Why Growth Matters“ vorgelegt, eine Art Bibel für Marktreformen in Entwicklungsländern. Ein Jahr zuvor hatte Sen zusammen mit dem Entwicklungsökonom Jean Dreze in dem Buch „An Uncertain Glory“ unter anderem darauf hingewiesen, dass trotz einer relativ langen Phase hohen Wirtschaftswachstums Indien im Bereich der menschlichen Entwicklung kaum Fortschritte gemacht hat.

Doch es wäre zu einfach, dies schlicht als einen Konflikt zwischen Wirtschaftsliberalen und Sozialdemokraten zu beschreiben, weil diese Kategorien nur begrenzt auf Indien anwendbar sind. Sen ist der Überzeugung, dass Indien mehr in seine soziale Infrastruktur, etwa in Bildung und Gesundheit, investieren sollte, um die Produktivität des Landes zu erhöhen und damit die Wachstumsraten anzutreiben. Er kritisiert, dass die Grundbedürfnisse vieler Menschen nach wie vor nicht befriedigt und dass diese von der Politik des Landes vernachlässigt werden. Bhagwati hingegen meint, das Land solle sich zum jetzigen Zeitpunkt vor allem auf Wachstumssteigerung konzentrieren. Er ist überzeugt, dass die starken BIP-Zuwächse in den vergangenen Jahren das Leben von Millionen Indern direkt verbessert haben.

Zu viel Staat, zu wenig Staat

Sollte der aufmerksame Leser nun den Eindruck haben, dass diese beiden Positionen nicht notwendig im Widerspruch stehen müssen, befindet er sich in guter Gesellschaft. Martin Wolf, Chef-Kommentator der *Financial Times*, bemerkte zu dem Streit: „Höhere Einkommen sind ganz offensichtlich eine notwendige Bedingung für bessere staatliche Wohlfahrtsprogramme, bessere Jobs und so weiter. Darüber gibt es einfach nichts zu diskutieren. Nur in Indien träumen ernstzunehmende Intellektuelle davon, dass man darüber diskutieren kann.“ Aber das kennt den politischen Kontext: Sen und Bhagwati wollen indische Politik gestalten, nicht nur theoretisch recht behalten. Das Land kann sich über diese hochkarätige Grundsatzdiskussion nur freuen.

Das eigentliche Problem Indiens besteht nämlich darin, dass der Staat gleichzeitig zu stark und zu schwach ist: stark in einigen Bereichen, sodass er die Wirtschaftsentwicklung hemmt, und schwach, wenn nicht gar abwesend, in anderen Bereichen. Das marode Bildungssystem ist ein gutes Beispiel hierfür. Während die Armen darunter leiden, dass staatlichen Schulen auf dem Land ebenso Lehrer wie Toiletten fehlen, gibt es für die Mittelklasse nicht genügend Institutionen der höheren Bildung. Tausende junger Menschen studieren daher im Ausland.

Und wer ganz oben angekommen ist wie Sen, klagt darüber, dass der Staat sich in „akademische Belange“ einmischt. Er hat seinen Vorsitz der 2014 neu gegründeten Nalanda Universität, die im Bundesstaat Bihar an die große Tradition der gleichnamigen buddhistischen Klosteruniversität anschließen will, niedergelegt, weil er den Eindruck hatte, die Regierung habe die Verlängerung seines Vertrags aus politischen Gründen auf Eis gelegt.

Zu viel Staat beklagen auch regelmäßig internationale Investoren, die sich durch eine Vielzahl von Regulierungen stranguliert fühlen. Gleichzeitig verwaltet der Staat ein gigantisches System von Subventionen, unter anderem für Lebensmittel, Energie und Landwirtschaft. 2013/14 gab Indien dafür schätzungsweise 60 Milliarden Dollar aus; das Haushaltsdefizit lag bei 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Über Jahrzehnte beschränkte sich Politik, die vorgab, für die Armen zu kämpfen, vor allem darauf, diese Subventionsmaschine am Laufen zu halten

**Sen und Bhagwati
wollen Politik gestalten,
nicht theoretisieren**

ohne, dass sich die Lebensbedingungen der Armen nennenswert verbessert hätten. Auf der politischen Linken in Indien gedeiht zudem ein Diskurs, in dem sich Mahatma Gandhis Kritik an westlicher Zivilisation und Industrialisierung mit neueren Formen der Wachstumskritik mischt.

Gegen diesen Diskurs argumentieren Bhagwati und Panagariya und mit ihnen viele, die mit der Agenda der BJP sonst nicht viel zu tun haben wollen. Ihnen gilt Gujarat, der Bundesstaat, in dem Modi mehr als ein Jahrzehnt lang Ministerpräsident war, als Beispiel dafür, dass es auch anders geht. Gujarat ist stärker industrialisiert, hat weniger Arbeitslose und eine höhere Wachstumsrate als die meisten anderen Bundesstaaten in Indien. Als Gründe gelten eine wirtschaftsfreundliche Politik, die sich auf Infrastrukturentwicklung konzentriert hat (die Straßen in Gujarat sind hervorragend und Stromausfälle praktisch unbekannt) und es Unternehmen leicht macht, sich hier anzusiedeln, etwa durch einfache Bedingungen für den Landerwerb.

Bei der Reduzierung der Armut jedoch gehört Gujarat nicht zu den Vorreitern. Und hier setzt die Kritik Sens an. Statt des „Gujarat-Modells“ hat Sen immer wieder das „Kerala-Modell“ für Entwicklung als beispielhaft hervorgehoben. Der südindische Bundesstaat fiel schon in den siebziger Jahren durch eine hohe Alphabetisierungsrate bei gleichzeitig niedrigem Pro-Kopf-Einkommen auf. Als Gründe dafür werden immer wieder hohe Investitionen in den sozialen Sektor genannt, außerdem die Umverteilungspolitik der kommunistischen Landesregierung und ein auf lokalen Traditionen basierendes, umfassendes Bildungssystem.

In den neunziger Jahren führten die Vereinten Nationen den „Human Development Index“ (HDI) ein, der auf der Basis von Daten über Lebenserwartung, Bildung und Pro-Kopf-Einkommen die menschliche Entwicklung misst. Sen hat maßgeblich an der Entwicklung des HDI mitgewirkt, und Kerala liegt dort regelmäßig vergleichsweise weit vorn. Natürlich gibt es auch gegen diese Sichtweise auf Kerala Einwände.

Die Lösung des Streites Sen versus Bhagwati dürfte auch nicht in der Alternative „mehr oder weniger Staat“ oder „Wachstum oder kein Wachstum“ liegen. Sondern darin, dass der indische Staat sich in einigen Bereichen zurückziehen und dafür in anderen stärker engagieren muss. Wachstum und menschliche Entwicklung schließen sich nicht aus – was übrigens auch der jüngste Nobelpreisträger für Ökonomie, der gebürtige Brite Angus Deaton, betont hat. „Die Abwesenheit des Staates, das heißt von Dienstleistungen und Schutzmechanismen, die Menschen in reichen Ländern als garantiert ansehen, ist einer der wichtigsten Gründe für Armut weltweit“, schrieb er 2013. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass der Nobelpreis 2015 eine weitere Runde der Diskussion in Indien einleiten wird.

**Mehr und zugleich
weniger Staat dürfte
die Lösung sein**



Britta Petersen
ist Senior Fellow bei
der Observer Research
Foundation (ORF) in
Neu-Delhi.